

# Meldungen

zusammengestellt von Thomas Bärthlein und Dirk Geilen

## Wird Indien zur Atommacht?

Eine gravierende Änderung der indischen Außenpolitik bahnt sich möglicherweise an. Die BJP ist, so erklärte Premier Vajpayee im Parlament, dafür, daß Indien sich offen als Atommacht bekennt. Auch der neue Verteidigungsminister George Fernandes von der 'Samata Party', ein Sozialist mit prononciert nationalistischer Ausrichtung, betont, daß am Ende einer sorgfältigen Prüfung des strategischen Umfelds durchaus die Entscheidung für Atomwaffen stehen könne. Bisherige Regierungen aller Parteien haben sich diesen Schritt insofern offengehalten, als Indien sich stets geweigert hat, den Nichtverbreitungs-Vertrag und das Teststopp-Abkommen zu unterzeichnen. Immer wieder gibt es Berichte, daß Indien - ebenso wie Pakistan - bereits Atombomben hergestellt bzw. zumindest genügend waffenfähiges Plutonium für Dutzende von Bomben angesammelt habe. Trotzdem wurde die Test-Explosion, die 1974 in Rajasthan stattfand, offiziell bisher als "friedlich" bezeichnet. Daher werden abweichende Äußerungen indischer Regierungsvertreter in Pakistan, aber auch den USA, mit größter Aufmerksamkeit verfolgt. Selbst wenn die Regierung Vajpayee aus innenpolitischen Erwägungen den letzten Schritt noch nicht gehen kann, da ihre Unterstützer im Parlament wie die 'Telugu Desam Party' dagegen sind, werden die diplomatischen Konsequenzen nicht zu unterschätzen sein.

Fernandes forderte darüber hinaus eine Aufstockung des Verteidigungsetats. Bisher sind für das Haushaltsjahr 1998/99 400 Milliarden Rupien veranschlagt.

## Uttar Pradesh: Das Parlamentstheater spielt weiter

Die Landesregierung in Lucknow, die bereits mit knapp 100 Ministern für einen Rekord gesorgt hat, ist weiterhin für Schlagzeilen gut. Im Februar hielten zeitweilig zwei Ministerpräsidenten gleichzeitig Kabinettsitzungen ab. Der Gouverneur, Romesh Bhandari, hatte Kalyan Singh (BJP) für abgesetzt erklärt, weil ihm eine Gruppe ehemaliger Überläufer von 'Congress' und 'Janata Dal' unter Führung von Jagadambika Pal die Unterstützung entzogen hatten. Die Freude des eiligst als 'Chief Minister'

vereidigten Pal währte allerdings nicht lange; denn als das Gericht entschied, die Absetzung sei ungültig, beschloß der Großteil der "Rebellen" prompt, doch lieber weiter mit der BJP zu regieren. Gouverneur Bhandari, dem wiederholt Parteilichkeit vorgeworfen worden war, wurde Mitte März durch die neue Regierung in Delhi seines Amtes enthoben. Auch eine weitere Belastungsprobe überstand Kalyan Singh mittlerweile: Der Parlamentspräsident fällte im März die umstrittene Entscheidung, daß die Abspaltung von ursprünglich 12, mittlerweile 19 der insgesamt 66 Abgeordneten der 'Bahujan Samaj Party' (BSP) rechters sei. Dem Gesetz nach muß sich mindestens ein Drittel einer Fraktion abspalten, sonst verlieren die Überläufer ihr Mandat (Dieses 'anti-defection law' soll verhindern, daß einzelne Parlamentarier gekauft werden können).

Weil die Kosten für Dienstwohnungen und den Fuhrpark der Riesen-Regierung explodieren, ständig neue Aspiranten für weitere Ministersessel im Gespräch sind und Kalyan Singh auch in der eigenen Partei äußerst umstritten ist, hat die Landesregierung im größten Unionsstaat bisher nicht das Bild der Stabilität abgeben können, an dem die BJP so interessiert ist.

## Schwierige Lage für 'National Conference' in Kashmir

Die umstrittene Region Kashmir kommt nicht zur Ruhe. Die Meldungen von bewaffneten Zusammenstößen zwischen Sicherheitskräften und militanten Gruppen reißen nicht ab. Dabei kommt es nach wie vor zu zahlreichen Todesopfern, und auch die Zivilbevölkerung wird in Mitleidenschaft gezogen. So berichteten die Medien z.B. über ein mehrtägliches Gefecht in einem Dorf in Süd-Kashmir Mitte April, bei dem die Bewohner evakuiert werden mußten. Am 17.4. wurden bei einem Überfall mutmaßlicher Separatisten auf ein abgelegenes Bergdorf im Distrikt Udhampur 29 Zivilisten (Hindus) getötet. Die Landesregierung unter Farooq Abdullah beschuldigte den pakistanischen Geheimdienst ISI, für die Bluttat verantwortlich zu sein. Möglicherweise handelt es sich um einen Vergeltungsakt für die vorangegangene Tötung eines Kommandanten der Militanten.

Unterdessen trägt Farooq Abdullah,

für dessen 'National Conference' (NC) die 'Lok-Sabha'-Wahlen in Kashmir enttäuschend verliefen, die BJP-geführte Bundesregierung mit. Bisher war die NC Teil der 'United Front', doch eine härtere außenpolitische Linie gegen Pakistan, wie sie sich unter der neuen Regierung abzeichnet, dürfte durchaus im Interesse Farooq Abdullahs liegen. Ein besonders heikler Punkt ist hingegen die Forderung aus dem Wahlprogramm der BJP, den Sonder-Status Kashmirs aus der indischen Verfassung (Artikel 370) zu streichen. Weil sich unter den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen ohnehin keine der drei Lieblingsforderungen der Hindu-Nationalisten (neben der Abschaffung von Artikel 370 der Bau eines Ram-Tempels in Ayodhya und die Einführung eines einheitlichen Zivilrechts für Moslems und Hindus) durchsetzen lassen wird, sah Farooq Abdullah offenbar kein allzu großes Risiko darin, sich mit der BJP einzulassen; bei der Vertrauensabstimmung in der Lok Sabha enthielten sich die Abgeordneten der NC.

Die BJP soll sich im Gegenzug beireiterklärt haben, den Gouverneur von Jammu und Kashmir auszutauschen; neuer Gouverneur ist seit Mitte April G.C. Saxena, ein ehemaliger Geheimdienstchef, der dieses Amt bereits von 1990-93 innehatte. Die Regierung hat in fast der Hälfte der Bundesstaaten neue Gouverneure ernannt.

## Drei neue Bundesstaaten angekündigt

Die BJP-geführte Regierung plant, in Kürze per Gesetz drei neue Bundesstaaten einzurichten. Es handelt sich dabei um "Uttarakhand" (auch unter dem Namen "Uttarakhand" geläufig, d.h. die Himalaya-Region Uttar Pradeshs), Chattisgarh (eine historische Region, die Teile des Bundesstaats Madhya Pradesh umfaßt) und schließlich "Vananchal" (wörtlich: "Wald-Rand"). Letzteres ist eine hinduisierte Bezeichnung für die Gegend, die gewöhnlich als "Jharkhand" bekannt ist: Das südliche Hochland von Bihar, in dem vor allem Adivasis heimisch sind. Vor allem für Jharkhand engagiert sich seit Jahrzehnten eine Bewegung, die freilich mit dem BJP-Vorschlag nicht hundertprozentig zufrieden sein wird. Zum einen ist ihr der Name suspekt, zum anderen soll der künftige Staat nicht, wie vielfach gefor-



Der Marsch gegen Kinderarbeit in Neu Delhi (Foto: Walter Keller)

dert, Teile der Nachbarstaaten Bihars einschließen.

Die Ankündigung von Premier Vajpayee hat prompt Lobbyisten für weitere Staaten auf den Plan gerufen, die z.T. ebenfalls seit Jahren aktiv sind. Sie fordern u.a. Eigenständigkeit für "Bodoland" (in Assam), Vidarbha (einen Teil Maharashtras) und den Westen Orissas.

#### Liberalisierung geht weiter

Die neue Regierung in Delhi hat angekündigt, für 340 Importartikel, besonders Konsumgüter, die Lizenzpflicht abzuschaffen. Gleichzeitig sollen Anstrengungen unternommen werden, die Wettbewerbsfähigkeit der indischen Exportwirtschaft zu stärken. Diese ersten Maßnahmen des Handelsministers Hegde werden als Signal gewertet, daß die BJP entgegen ihrer Wahlkampfretorik das Ideal wirtschaftlicher Selbständigkeit Indiens und die Protektion der eigenen Industrie (das Schlagwort dafür heißt 'Swadeshi') den Erfordernissen des Weltmarkts und der Globalisierung unterordnen wird. Dementsprechend beschuldigten Vertreter der Kommunisten, die BJP habe ihre Wählerschaft betrogen.

#### Streit um Srikrishna-Report über Ausschreitungen nach Ayodhya

Um den Bericht über kommunalistische Ausschreitungen nach der Zerstörung der alten Moschee in Ayodhya ist eine Kontroverse entbrannt. Der sogenannte Srikrishna-Report untersucht unter anderem die Verstrickung vieler hoher Funktionäre der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) und der 'Shiv Sena' in die Unruhen, die zum Tod mehrerer tausend Menschen geführt haben. Die in Maharashtra regierende Koalition aus BJP und Shiv Sena hat entschieden, den Bericht nicht mehr in dieser Sitzungsperiode dem Parlament vorzulegen. Dagegen protestierte die CPI(M) am 23. April in einer Erklärung ihres Politbüros. Die Begründung von Ministerpräsident Manohar Joshi, der Bericht habe nicht rechtzeitig übersetzt werden können, sei eine "lausige Ausrede"; der sehr viel umfangreichere Bericht der Jain Commission über mögliche Fehler der Sicherheitsbehörden in Tamil Nadu, die schließlich zur Ermordung von Rajiv Gandhi geführt haben, sei zusammen mit einem Bericht über die eingeleiteten Änderungen in viel kürzerer Zeit übersetzt worden. Die CPI(M) vermutet vielmehr, daß die Re-

gierung den Bericht "unterdrücken" will, und hat die sofortige Freigabe verlangt.

#### Marsch gegen Kinderarbeit in Neu Delhi - Weiter nach Pakistan

Der weltweite Marsch gegen Kinderarbeit ist mit einer Protestgruppe in der indischen Hauptstadt Neu Delhi angekommen. Mehr als hundert Kinder unter anderem aus den Philippinen, Vietnam, Laos, Malaysia, Bangladesch, Nepal und Indien, fahren mit Bussen durchs Land und machen auf ihr Anliegen aufmerksam. Von Jaipur nach Neu Delhi reiste die Menschenrechtlerin Bianca Jagger, die frühere Frau von Rolling Stones-Star Mick Jagger, mit. Der Initiator des Marsches, Kailash Satyarthi von der Südasiatichen Koalition gegen Kindersklaverei, rief bei der Ankunft in der indischen Hauptstadt erneut zur Ächtung der Kinderarbeit auf. Indien gilt als das Land mit den meisten Kinderarbeitern. Die Regierung schätzt ihre Zahl auf 17 Millionen, Hilfsorganisationen sprechen von bis zu 100 Millionen Kindern, die in der Teppich-, Feuerwerks- und Glasindustrie sowie in Steinbrüchen und Gerbereien ausgebeutet werden. Drei Märsche gegen Kinderarbeit sind zur Zeit unterwegs. Im Ja-

nuar startete der asiatische Marsch in der philippinischen Hauptstadt Manila. Er wird von Neu Delhi aus nach Pakistan weiterziehen. Im Februar brach der süd-amerikanische Marsch in Sao Paulo in Brasilien auf, im März der afrikanische in Kapstadt (Südafrika). 700 Organisationen in 98 Ländern protestieren damit gegen die Mißhandlung und Ausbeutung von schätzungsweise 250 Millionen Kinderarbeitern weltweit. Am 30. Mai soll die Aktion mit einem Treffen in Genf enden (siehe auch 'Südasiens', 1-2/98).

**E.M.S. Namboodiripad ist tot**

E.M.S. Namboodiripad - Freiheitskämpfer, Historiker und langjähriger Generalsekretär der 'Communist Party of India Marxist' (CPI-M) - ist tot. 88jährig verstarb der in seinem letzten Lebensabschnitt primär als Vordenker seiner Partei und Kolumnist tätige E.M.S. Namboodiripad - im Volksmund kurz E.M.S. - am 19. März in Thiruvananthapuram. Aus einer brahmanischen Familie in Kerala stammend, studierte er zunächst die heiligen Texte der Rig Veda. Erst als Sechzehnjähriger genoß er eine formale Schulausbildung. Schon früh zeigte sich E.M.S. sozial engagiert und kämpfte - obwohl aus einer privilegierten Kaste kommend - gegen das

feudale und hierarchische Gesellschaftssystem in seiner keralitischen Umgebung an. Außerdem setzte er sich, zuerst im Rahmen der Kongreßbewegung, für die Unabhängigkeit Indiens ein. 1936 dann gehörte er zu den Gründungsmitgliedern der Kommunistischen Partei von Kerala.

Im unabhängigen Indien avancierte er nicht nur zum ersten kommunistischen Ministerpräsidenten, sondern stand zugleich der ersten frei gewählten kommunistischen Regierung weltweit vor. Binnen einer Woche legte er ein umfassendes Konzept zur Landumverteilung vor, welches auf seine Umsetzung allerdings warten mußte, da Jawaharlal Nehru zum ersten Mal vom Artikel 356 ('Presidents Rule') Gebrauch machte und die unliebsame Regierung entließ.

Erst in der zweiten Amtsperiode als Ministerpräsident gelang es E.M.S. die geplanten Reformvorhaben, die auch einschneidende Maßnahmen im Bildungsbereich beinhalteten, umzusetzen. Der Grundstein für den sich dramatisch vollziehenden Wandel in der keralitischen Gesellschaft war somit gelegt: noch heute liegt Kerala in puncto Alphabetisierung, gerade auch der weiblichen Bevölkerung, an der Spitze aller indischen Bundesstaaten.

Nachdem sich E.M.S. 1992 aus der

aktiven Politik zurückgezogen und den Posten des Generalsekretärs der CPI(M) an Harkishan Singh Surjeet weitergereicht hatte, galt sein Augenmerk weiterhin den sozial Schwachen und er blieb seiner Linie als kritischer, revolutionärer Vorkämpfer und -denker treu.

**Konferenz der Bürgerbewegung**

Die zweite Konferenz der 'National Alliance of Peoples Movement' (NAPM) - der Dachorganisation sozial und ökologisch orientierter NGOs -, die Ende März in Hyderabad abgehalten wurde, kam zu dem Ergebnis, daß die Bemühungen um eine weitere Vernetzung aller sozial und ökologisch engagierten Gruppen intensiviert werden müßten. Wie das Nachrichtenmagazin 'Sunday' in seiner Ausgabe vom 5. April 1998 berichtet, kamen die Konferenzteilnehmer überein, die Koordination und Kommunikation zwischen den unterschiedlichen Gruppierungen - wie die der Bauern, Fischer, Dalit, Adivasi, Frauen sowie der rückständigen Kasten und Klassen - zu verbessern, um somit die über die letzte Dekade gewonnene Dynamik aufrechtzuerhalten. Die Umwelt-Aktivistin Medha Patkar verwies dabei auf die 1993 durchgeführten Anti-Gatt-Veranstaltungen, die in nahezu allen Teilen des Landes stattfanden, sowie die Kon-



E.M.S. Namboodiripad wird 1957 als erster Ministerpräsident von Kerala vereidigt (Foto: Archiv)

ferenz zum Thema "Regionale Vertreibung und Entwicklung" 1995. Ihr großer Erfolg hat - so Medha Patkar - den Bürgerbewegungen neue Schubkraft verliehen.

Gleichzeitig wurde aber auch die Achillesferse der NAPM offengelegt, die in den konträren Ideologien, Satzungen und Strategien ihrer Teilorganisationen besteht. Übereinstimmend äußerten sich die Delegierten, daß die angestoßenen Prozesse auf bundesstaatlicher Ebene durch nationale ergänzt werden müßten. Die Allianz sollte daher auch verstärkt Rechtsanwälte, Wissenschaftler, Fachleute und Journalisten in ihre Arbeit einbinden.

Die Konferenz wurde vom siebzehnjährigen Sarvodaya-Führer Siddharaj Daddha eröffnet. Anwesend waren rund 200 Delegierte von 75 Organisationen aus 13 Bundesstaaten. Hyderabad wurde als Veranstaltungsort gewählt, da im Bundesstaat Andhra Pradesh nicht nur Dalit- und Bauernkundgebungen an der Tagesordnung sind, sondern gleichzeitig ein Vordringen multinationaler Konzerne zu beobachten ist. Ein wichtiger Tagesordnungspunkt war zudem die Umsiedlung bzw. Vertreibung von annähernd 20.000 Menschen am Fluß Musi, welcher Alt- und Neu-Hyderabad teilt. Desweiteren berichteten verschiedene Aktivisten von der Basis, wobei u.a. die Resolution verabschiedet wurde, daß selbst öffentlichen Unter-

nehmen das Abbauen von Bodenschätzen in Gebieten, die bewaldet oder von Adivasi bewohnt sind, untersagt werden soll. Auch das Aufheben der Prohibition in Andhra Pradesh war Gegenstand der Tagung: So wurde kritisiert, daß die Entscheidung der 'Telugu Desam Party' um Chandrababu Naidu in erster Linie die auf dem Land lebenden Frauen betreffe. Diese hatten das Alkoholverbot nach langem, zähen Ringen mit der Regierung durchgesetzt. Zu den 'Telengana'-Autonomiebestrebungen wurde keine Stellung bezogen; im Falle Enrons entschied man, den verstärkten Aktivitäten im Bereich von Thermal- und Atomkraft durch Aufklärungskampagnen zu begegnen.

Die Hyderabad-Konferenz äußerte sich auch zur Frage, ob sich die NAPM aktiv an Wahlen beteiligen sollte. Es wurde der Standpunkt vertreten, daß man kein Interesse hätte, direkt zu partizipieren. Sollte ein Mitglied der NAPM sich dennoch zur Wahl stellen, würde man dieses jedoch unterstützen, denn: eine Intervention in die Politik zugunsten der Menschen ist nach Meinung der Delegierten notwendig, auch um bei allen nationalen und internationalen Umweltvereinbarungen konsultiert zu werden.

### Schlechte Zeiten für die Prohibition

Das Alkohol-Verbot in Haryana, dem

Nachbarstaat Delhis, ist nach 21 Monaten seit dem 1. April wieder aufgehoben. Die Koalitionsregierung aus 'Haryana Vikas Party' und BJP gestand bei der Rücknahme ihres Wahlversprechens ein, die Kontrolle der Prohibition sei unmöglich gewesen. Prohibitions-Minister Ganeshi Lal hatte noch wenige Wochen zuvor erklärt, die Alkohol-ursachten Unfälle auf dem Highway Chandigarh-Delhi seien ebenso zurückgegangen wie sexuelle Belästigungen in der Öffentlichkeit und Gewalt in der Ehe. Offenbar reichten diese Vorzüge aber nicht aus, um die Nachteile aufzuwiegen, die illegale Schnapsbrennerei, der Schmuggel aus den Nachbarstaaten und der aufwendige Polizeieinsatz über die Bevölkerung brachten. Ein weiterer Faktor, der gesetzliche Maßnahmen gegen Alkohol-Konsum erschwert, ist der Staatshaushalt: In Haryana mußten andere Steuern erhöht werden, um die Einnahmen zu kompensieren, welche Lizenzen für 'liquor shops' und andere Abgaben der Staatskasse eingebracht hätten. Vor allem Frauenorganisationen haben sich in Indien für die Prohibition engagiert, und vor allem mit Blick auf die Wählerinnen hatte zuletzt die Regierung von Andhra Pradesh von 1994-97 ein totales Alkoholverbot verhängt. Auch in dem südindischen Staat ist der Whisky-Handel aber seitdem wieder weitgehend liberalisiert worden.

## Indien-Debatte im Deutschen Bundestag: Ernüchterndes Desinteresse

Nicht nur in den deutschen Medien, auch im Bundestag bleibt das Interesse an Indien auf Katastrophen und Exotisches beschränkt. Diesen Schluß legt wenigstens der Umgang mit einer parlamentarischen Initiative zum Ausbau der bilateralen Beziehungen nahe, die die Grüne Bundestagsfraktion vorbereitet hat. Nach 50 Jahren indischer Unabhängigkeit und fast ebenso langen bilateralen Beziehungen zwischen Indien und der Bundesrepublik ist es an der Zeit, die bisherige politische Zusammenarbeit kritisch auf ihre Erfolge und Schwachstellen

hin zu untersuchen. Aus dieser Analyse kann dann ein Ansatz für qualitativ und quantitativ verbesserte Kooperation entwickelt werden. Deshalb hat die Bundestagsabgeordnete Dr. Angelika Köster-Loßack, eine Südasienswissenschaftlerin, eine "Große Anfrage" zu Stand und Perspektiven der bilateralen Beziehungen eingebracht. In vier Kapiteln wurde die bisherige Praxis der Bundesregierung in den Bereichen Außenpolitik, Entwicklungszusammenarbeit, wirtschaftliche Beziehungen sowie kulturelle Zusammenarbeit auf ihre Ergebnisse hinterfragt und zugleich Perspektiven für eine verbesserte Kooperation eröffnet. Obwohl die Anfrage bereits im Oktober 1997 eingebracht wurde, hat die Bundesregierung die Beantwortung erst für Ende Mai angekündigt. Damit wäre dann kaum noch Zeit gewesen, die Antwort im Parlament zu diskutieren. Darum hat die grüne Bundestagsfraktion für den 26. März 1998 die mündliche Beantwortung der Anfrage und eine anschließende Debatte verlangt.

Doch bei dieser Gelegenheit zeigte sich das Desinteresse der Parlamentarier an Indien, immerhin einer der größten Empfänger deutscher Entwicklungshilfe: die Debatte wurde auf eine immer spätere Tageszeit verschoben und fand schließlich erst kurz vor Mitternacht statt - nachdem das hohe Haus zuvor eine Stunde lang

über die Neuregelung der europäischen Margarineverordnung debattiert hatte. Kaum mehr als 20 Parlamentarier langweilten sich im Plenarsaal und warteten ungeduldig auf das Ende der Debatte, um endlich Feierabend zu haben. (Originalzitat Dietmar Kansy, CDU/CSU: "Muß die jetzt auch noch schwätzen? Sonst könnten wir schon gehen...") Bis auf die Grünen und die PDS hatten die Fachpolitiker der Fraktionen nicht mal eine Rede gehalten, sondern ihren Redetext einfach zu Protokoll gegeben - einschließlich Edith Niehuis, immerhin Vorsitzende der Deutsch-Indischen Parlamentariergruppe. Auch Helmut Schäfer, Staatsminister im Auswärtigen Amt, gab seine Antwort auf die Große Anfrage zu Protokoll und entzog damit der Debatte, die über eben diese Antwort gehen sollte, die Grundlage. Angelika Köster-Loßack: "Das Desinteresse der anderen Parteien ist typisch - das hier ist seit vielen Jahren die erste umfassende Auseinandersetzung mit Südasiens, und denen fällt einfach nichts ein." Der Entschließungsantrag, den die engagierte Abgeordnete vorgelegt hat und der die Grundlinien einer neuen, kohärenten und nachhaltigen Südasiens-Politik skizziert, wurde flugs in die Ausschüsse verwiesen. Dort wird er wohl bis zur Bundestagswahl vor sich hinschmoren und mit Beginn der neuen Legislaturperiode automatisch für erledigt erklärt werden. Das ist um so bedauerlicher, als darin gute, wichtige Ansätze enthalten sind - z. B. stärkere Konzentration der Entwicklungshilfe auf benachteiligte Gruppen wie Frauen, Dalits und Adivasi, Umsetzung gandhianischer Konzepte von Wirtschaft, Förderung von Exporten nachhaltiger und umweltgerechter Technologie und Unterstützung der von Indien begonnenen Außenpolitik einer verstärkten Zusammenarbeit in Südasiens.

Georg Amshoff

(Die "Große Anfrage" und der Antrag sind erhältlich im Bundestagsbüro von Frau Köster-Loßack, Bundeshaus, 53113 Bonn, Tel. 0228-1681682.)